Informationsvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Stadtentwicklungsausschuss	17.09.2013	öffentlich
Finanz- und Personalausschuss	05.11.2013	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

**Haushaltskonsolidierung 2014,
hier: Vorschläge aus der Bürger- u. Mitarbeiterschaft, die Produktgruppen des
Amtes für Verkehr betreffen**

Betroffene Produktgruppe

11.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen,
11.12.02 Verkehrsanlagen,
11.12.03 Verkehrliche Planung

Auswirkungen auf Ziele, Kennzahlen

keine

Auswirkungen auf Ergebnisplan, Finanzplan

keine

Ggf. Frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, TOP, Drucksachen-Nr.)

./.

Sachverhalt:

Zu den das Amt für Verkehr betreffenden Haushaltskonsolidierungsvorschlägen aus der Bürger- bzw. der Mitarbeiterschaft wird wie folgt informiert:

Einschränkung der Straßenbeleuchtung (Ifd.-Nr.: 14 Bürgervorschläge)

Zur öffentlichen Straßenbeleuchtung in Bielefeld gehören ca. 31.000 Leuchten.

Um dem immer stärker werdenden Kostendruck gerecht zu werden, wird bereits seit 1994 die Straßenbeleuchtung generell nur noch mit reduzierter Leistung betrieben. Aus Sicherheitsgründen wird keine Abschaltung der Straßenbeleuchtung nachts vorgenommen sondern die Lichtstärke nur abgesenkt.

Die Stadt Bielefeld setzt bei der öffentlichen Straßenbeleuchtung seit dem Jahr 2011 auf die energiesparende LED-Technik - zunächst in den Wohn- und Anliegerstraßen Bielefelds. Durch den Einbau dieser Leuchten und ihren Betrieb mit halber Leistung zwischen 22:30 und 04:30 Uhr verringert sich der Ausstoß an CO₂-Emissionen und der Energiebedarf um bis zu 83% pro ausgetauschter Leuchte. Nachdem auch ein dritter Förderantrag bewilligt wurde, ist davon auszugehen, dass ab Ende des Jahres 2014 bei der öffentlichen Straßenbeleuchtung etwa 40% weniger Energie benötigt wird.

Über einen zentralen Dämmerungsschalter an der Schildescher Straße wird der Ein- Ausbefehl für die öffentliche Straßenbeleuchtung an die jeweiligen Schaltstellen im Stadtgebiet übermittelt. Die minimale Beleuchtungsstärke für den Einschaltzeitpunkt der Leuchten beträgt 15 Lux. Diese Werte orientieren sich an der verkehrssicheren Ausleuchtung des Hauptverkehrsstraßennetzes. Die Ein- und Ausschaltwerte sind - dem Optimierungsvorschlag folgend - in den vergangenen Jahren immer weiter abgesenkt worden - sollten aber aus fachlicher Sicht nicht noch weiter

reduziert werden.

Der Bürgervorschlag „Einschränkung der Straßenbeleuchtung“ befindet sich im laufenden Geschäft bereits in der Umsetzung.

Nachabschaltung der Ampeln (Ifd.-Nr.: 15 der Bürgervorschläge)

Auf Grund des UStA-Beschlusses vom 09.12.2003 -Verbesserung von Verkehrssituationen zugunsten des Umweltschutzes- wurden im Jahr 2004 alle vorhandenen Lichtsignalanlagen (LSA) in der Baulast der Stadt Bielefeld auf die Notwendigkeit des Nachtbetriebs überprüft. Das Ergebnis wurde im Laufe des Jahres 2004 allen Bezirksvertretungen und abschließend dem UStA am 14.09.2004 zur Kenntnis gegeben.

In Zusammenarbeit mit der Polizei und der Straßenverkehrsbehörde wurden und werden alle (neuen) LSA in der Baulast der Stadt Bielefeld auf die Möglichkeit der Nachabschaltung auf der Grundlage des Forschungsprogramm des Bundesministers für Verkehr und der Forschungsgesellschaft für das Straßenwesen e.V. (FGSV) zur „Untersuchung und Entwicklung von Kriterien für die zeitweise Abschaltung von Lichtsignalanlagen“ überprüft. Von den zz. 244 LSA in der Baulast der Stadt Bielefeld werden insgesamt 93 LSA - in der Mehrzahl Fußgängersignalanlagen - zwischen 21:00 und 05:30 Uhr oder 02:00 bis 04:00 Uhr - dem Optimierungsvorschlag folgend - abgeschaltet. Eine Nachabschaltung weiterer LSA ist allerdings aus Gründen der Verkehrssicherheit nicht durchführbar.

Der Bürgervorschlag „Nachabschaltung der Ampeln“ befindet sich im laufenden Geschäft bereits in der Umsetzung.

Höhere Effizienz bei Baustellen, stärkere Baukontrollen (Ifd.-Nr.: 18 der Bürger-vorschläge)

Die Koordination von Bauvorhaben im Straßenbereich (Straßen- u. Kanalbau, Verlegung von Versorgungsleitungen etc.) erfolgt - soweit möglich - durch die Baustellenkoordinierung des Amtes für Verkehr.

Die städtischen Straßenbaumaßnahmen werden i.d.R. bereits in kürzest möglicher Zeit abgewickelt; dazu bestehen vertragliche Regelungen (z. T. mit Vertragsstrafen, Vorgabe von Sonderschichten etc.). Stärkere Baukontrollen vor Ort sind zwar wünschenswert, können jedoch mit den vorhandenen Personalressourcen nicht verstärkt werden.

Bau von mehr Kreisverkehren (Ifd.-Nr.: 26 Bürgervorschläge)/

Einsparung von Betriebskosten durch die Verringerung von Kreuzungen mit Lichtsignalanlagen (Ifd.-Nr. 19 Mitarbeitervorschläge)

Die Vorschläge sind thematisch eng miteinander verbunden, so dass die Information zusammengefasst wird:

Die Anlage von Kreisverkehren wird - dem Optimierungsvorschlag folgend - beim Umbau von Straßen geprüft und grundsätzlich umgesetzt, soweit dessen Leistungsfähigkeit gewährleistet ist, da Kreisverkehre grundsätzlich weniger Halte und Wartezeiten gewährleisten. Neben der Leistungsfähigkeit werden in der Abwägung die Verkehrssicherheit, der Verkehrsfluss, die Lärminderung und die Wirtschaftlichkeit bewertet. Ob Kreisverkehre gebaut werden können, hängt auch von der Örtlichkeit ab. Der Flächenbedarf von Kreisverkehren ist grundsätzlich höher als der von Kreuzungen mit Lichtsignalanlagen; daher kann nicht an jeder Kreuzung ein Kreisverkehr umgesetzt werden.

In den letzten Jahren sind - dem Optimierungsvorschlag folgend - bereits im Rahmen vom Umbaumaßnahmen Kreisverkehre anstelle von LSA angelegt worden (Grafenheider Str./ Kerksiekweg, Senner Str., zwei Kreisverkehre in der Engerschen Str., Dorfstraße); weitere Kreisverkehre sind in der Umsetzung bzw. Planung (zwei Kreisverkehre in der Braker Str., Bechterdisser Str.).

Zudem wurden vom Amt für Verkehr Kreuzungen mit Lichtsignalanlagen (LSA) ermittelt, an denen der Bau eines Kreisverkehrsplatzes den Betrieb einer LSA entbehrlich machen würde. Der Umbau vorhandener Kreuzungen in Kreisverkehre erfordert jedoch einen hohen Investitionsaufwand, für den allerdings bei derzeitiger Haushaltslage keine Spielräume bestehen.

Der Bürgervorschlag „Bau von mehr Kreisverkehren“ sowie der Mitarbeitervorschlag „Einsparung von Betriebskosten durch die Verringerung von Kreuzungen mit Lichtsignalanlagen“ befinden sich im laufenden Geschäft bereits in der Umsetzung.

Weniger Einsatz von externen Gutachtern (Ifd.-Nr.: 27 der Bürgervorschläge)

Gutachten werden im Amt für Verkehr in der Regel nur dann vergeben, wenn

- im Amt das Personal mit dem erforderlichen Fachwissen nicht verfügbar ist. Dies trifft z.B. für Umweltverträglichkeitsprüfungen, Artenschutzgutachten, Baugrunduntersuchungen usw. zu, die bei größeren Vorhaben zwingend erforderlich sind,
- externe Gutachter mehr Neutralität bzw. Objektivität gewährleisten. So werden z.B. Verkehrsgutachten, die für Planfeststellungsvorhaben benötigt werden, extern vergeben: Damit kann bei einem möglichen Klageverfahren die nötige Objektivität behauptet werden.

Zudem ist bei größeren Bauvorhaben häufig ein Verkehrsgutachten erforderlich. Dies wird fachlich zwar vom Amt für Verkehr betreut, muss aber vom Vorhabenträger in Auftrag gegeben und finanziert werden.

Zur Vorbereitung größerer Straßen- bzw. Stadtbahnbauvorhaben werden aufgrund der umfangreichen Datenermittlung (Bestandsaufnahme, Dokumentation, Bewertung) die abschließenden Untersuchungen an externe Büros vergeben. Auch diese Untersuchungsergebnisse können im Streitfall in einem Klageverfahren herangezogen werden, so dass auch hier die externe Vergabe eine größere Objektivität gewährleistet. Grundsätzlich werden - dem Optimierungsvorschlag folgend - nur Leistungen vergeben, die sachlich zwingend erforderlich und zeitlich unaufschiebbar sind sowie durch eigenes Personal fachlich oder aufgrund fehlender Kapazität nicht ausgeführt werden können.

Der Bürgervorschlag „weniger Einsatz von externen Gutachtern“ befindet sich im laufenden Geschäft bereits in der Umsetzung.

Straffung der Aufbauorganisation im Amt für Verkehr - Abbau von Hierarchien - (Ifd.-Nr.: 26 der Mitarbeitervorschläge)

Zu dem Vorschlag können nur grundsätzliche Ausführungen gemacht werden. Die dreistufige Hierarchiestruktur des Amtes für Verkehr mit fast 130 Stellen in drei Abteilungen (Amtsleitung/Abteilungsleitung/Teamleitung) entspricht dem üblichen Aufbau in der Stadtverwaltung. Die Leitungsspanne in einzelnen Teams ist verhältnismäßig groß. Die Aufbaustruktur des Amtes wird regelmäßig weiterentwickelt. Eine umfangreiche Reorganisation des Amtes erfolgte 2006. Notwendige Anpassungen in der Verwaltungsabteilung wurden 2011 verfügt und umgesetzt. Das Amt ist Pilot im Projekt "Demographisches Personalmanagement". Veränderungen in der Aufgabenwahrnehmung und der Personalstruktur werden sich auch maßgeblich auf Prozesse und Schnittstellen und somit auf die zukünftige Aufbaustruktur des Amtes auswirken.

Der Mitarbeitervorschlag „Straffung der Aufbauorganisation im Amt für Verkehr - Abbau von Hierarchien -“ befindet sich im laufenden Geschäft bereits in der Umsetzung.

Oberbürgermeister/Beigeordnete(r)

Clausen